

XXII. GP.-NR

4552 J

10. Juli 2006

Anfrage**der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen****an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend „Finanzielle Belastungen der Eltern im Schuljahr 2005/2006“**

Schulgeldfreiheit in Österreich gibt es in Wirklichkeit nur noch am Papier: Dies zeigten die Vertreter der Elternvereine im Februar 2006 in einer Pressekonferenz an Hand von zahlreichen Beispielen sehr eindrucksvoll auf. In den letzten Jahren ist es zu einer massiven finanziellen aus den Schulen Belastungswelle gekommen (insbesondere am Schulanfang und Schulende). Für viele Eltern – insbesondere bei mehreren schulpflichtigen Kindern – sind Zusatzangebote und diverse Schulveranstaltungen bereits unfinanzierbar geworden. Besonders deutlich wird diese Belastung bei SchülerInnen in der Oberstufe.

Aufgrund von Studien und Elternbefragungen haben Elternvertreter die jährlichen (Zusatz) Kosten mit durchschnittlich 1.350 Euro pro Kind berechnet, allerdings darauf hingewiesen, dass es große Differenzen (je nach Schulart, Region, Leistungsangebote) gibt.

Die Schülerbeihilfen sind hingegen seit den beiden Regierungen Schüssel I und II drastisch gesunken. Gleichzeitig stiegen trotz so genannter „Schulgeldfreiheit“ aber Jahr für Jahr die Kosten der Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder (Materialkosten, Selbstbehalte für Schulbücher, Anschaffung von PCs bzw. Notebooks etc.). Teilweise wurden Kosten sogar illegal d.h. ohne entsprechende Rechtsgrundlage von den Schulen den Eltern in Rechnung gestellt. Oft sind es Kosten für Zusatzangebote im Sport oder Kreativbereich (z.B. Theater), die erst nach den Stundenkürzungen der letzten Jahre kostenpflichtig geworden sind. Besonders belastend sind für Eltern – besonders bei mehreren schulpflichtigen Kindern – Skikurse, Sportwochen oder Sprachreisen. Elternvereine müssen daher zunehmend einspringen und mit Veranstaltungen Einnahmen erwirtschaften, um damit SchülerInnen aus sozialschwachen Familien die Teilnahme an gemeinsamen Schulveranstaltungen zu ermöglichen.

Während somit die Eltern immer mehr für den Schulbesuch ihrer Kinder ausgeben müssen (z.B. für Nachmittagsbetreuung, Projektwoche, Sportwoche, Schikurs, Beiträge für die Heizung, Nachhilfe, pauschale Kopierkosten, Garderobe „Spindgebühr“, Arbeitsmaterial, Schulveranstaltungen etc.) sinken die öffentlichen Ausgaben für Schülerbeihilfen drastisch: Seit dem Jahr 2000, also seit Antritt der Regierung Schüssel, um 20 Prozent. Auch der Bezieherkreis

der Beihilfen wird aufgrund der jahrelangen Nichtanpassung der Einkommensgrenzen immer kleiner. Seit 2000 hat nach Berechnungen der AK die Zahl der Bezieher um fast 4.000 abgenommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche Schulstunden bzw. Zusatzangebote mussten in den Schuljahren 2004/2005 und 2005/2006 aufgrund der Budgetkürzungen in den österreichischen Schulen eingespart werden (Aufschlüsselung auf Schuljahr und Schularten)?
2. Welche Zusatzangebote im Sport und Kreativbereich haben die Eltern privat im Schuljahr 2005/2006 in den Schulen übernehmen müssen und mit welchen Kosten war dies verbunden (Ersuche um Auflistung der Angebote und Kosten auf Schularten)?
3. Welche Kosten werden Eltern privat im kommenden Schuljahr 2006/2007 für Zusatzangebote im Sport und Kreativbereich aus Sicht des Ressorts übernehmen (Ersuche um Auflistung der Angebote und Kosten)?
4. Welche Maßnahmen haben Sie nach der öffentlichen Kritik der Elternvereine am 10.02.2006 konkret ergriffen?
Wie werden die Eltern im Schuljahr 2006/2007 entlastet bzw. die finanziellen Belastungen pro Schulkind eingedämmt?
5. Wie beurteilen Sie die Kritik der Elternvereine?
Halten Sie diese gerechtfertigt?
Wenn nein, warum nicht?
6. Ist es zulässig, dass von Schulen der „Ersatz von Heizkosten“ verlangt wird?
7. Ist es zulässig, dass von Schulen „Reinigungskosten“ verlangt werden?

8. Ist es zulässig, dass von Schulen die Kosten für diverse „Unterrichtsmittel“ pauschal verlangt werden?
9. Ist es zulässig, dass von Schulen „Kopierbeiträge“ pauschal eingehoben werden?
10. Ist es zulässig, dass von Schulen von SchülerInnen eine „Spindgebühr“ verlangt wird?
11. Unter welchen Voraussetzungen dürfen von Schulen überhaupt derartige Beiträge verlangt werden?
Für welche Beiträge gibt es eine rechtliche Grundlage?
Wo ist dies geregelt
Wofür dürfen diese Einnahmen konkret verwendet werden?
Wer kontrolliert deren Verwendung?
12. Wie viele Schikurse wurden im Schuljahr 2005/2006 durchgeführt?
Wie viele SchülerInnen haben teilgenommen (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
13. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten für die Teilnahme?
Welches Preisband ist Ihnen bekannt?
14. Wie viele SchülerInnen haben – u.a. aus Kostengründen – an diesen Schulschiwochen nicht teilnehmen können (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
15. Wie viele Projektwochen oder Sportwochen wurden im Schuljahr 2005/2006 durchgeführt?
Wie viele SchülerInnen haben teilgenommen (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
16. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten für die Teilnahme?
Welches Preisband ist Ihnen bekannt?

17. Wie viele SchülerInnen haben – u.a. aus Kostengründen – an diesen Projektwochen oder Sportwochen nicht teilnehmen können (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
18. Wie viele Exkursionen wurden im Schuljahr 2005/2006 durchgeführt?
Wie viele SchülerInnen haben teilgenommen (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
19. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten für die Teilnahme?
Welches Preisband ist Ihnen bekannt?
20. Wie viele SchülerInnen haben – u.a. aus Kostengründen – an diesen Exkursionen nicht teilnehmen können (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
21. Wie viele Sprachreisen wurden im Schuljahr 2005/2006 durchgeführt?
Wie viele SchülerInnen haben teilgenommen (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
22. Wie hoch waren die durchschnittlichen Kosten für die Teilnahme?
Welches Preisband ist Ihnen bekannt?
23. Wie viele SchülerInnen haben – u.a. aus Kostengründen – an diesen Sprachreisen nicht teilnehmen können (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
24. Wie hoch sind die durchschnittlichen zusätzlichen finanziellen Belastungen pro SchülerIn pro Schuljahr aus Sicht des Ressorts (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
25. Wie viele SchülerInnen benötigen - nach Schätzungen des Ressorts - Nachhilfe?
26. Wie hoch schätzen Sie den finanziellen Gesamtaufwand für Nachhilfe in Österreich pro Jahr ein?

27. Wie hoch waren die öffentlichen Förderungen, die an einkommensschwache Familien im Schuljahr 2005/2006 ausbezahlt wurden, damit deren Kinder an Schulveranstaltungen (Schulkursen, Sportwochen, Sprachreisen, Projektwochen oder Exkursionen etc.) teilnehmen konnten (Aufschlüsselung auf Schularten, Schulstufen und Bundesländer)?
Wie viele Anträge wurden gestellt?
Welche Beträge ausbezahlt?
28. Wie hoch waren die Zahlungen der Elternvereine, die an einkommensschwachen Familien im Schuljahr 2005/2006 geleistet wurden, damit deren Kinder an diversen Schulveranstaltungen etc. teilnehmen konnten?
29. Werden Sie dafür eintreten, dass die Schülerbeihilfen angehoben und der Empfängerkreis ausgeweitet wird?
Wenn nein, warum nicht?


 Dr. Kopp 